

## Ä1 Kommunalpolitische Erklärung

Antragsteller\*in: Stefan

### Redaktionelle Änderung

Grammatik

#### Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 19 bis 21:

gewaltig. Die große Zahl der in den letzten Monaten zu uns geflüchteten Menschen ~~sind~~<sup>ist</sup> eine Chance bei der Bewältigung der im Zuge des demografischen Wandels wachsenden arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Probleme. Diese Chance

## Ä2 Kommunalpolitische Erklärung

Antragsteller\*in: Stefan

### Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 27 bis 29 einfügen:

Bildung für alle und die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit und sozialem Ausgleich sind weitere Beispiele wichtiger Zukunftsaufgaben, denen wir GRÜNE uns in den Kommunen annehmen. Deshalb ist GRÜNE Politik vor Ort unverzichtbar, darum

### Ä3 Kommunalpolitische Erklärung

Antragsteller\*in: Stefan

#### Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 74 bis 76:

jedes Einzelnen an den Staat nicht auf eine bestimmte Nationalität oder Herkunft ein,  
[Leerzeichen]dieser Anspruch gilt universatell und damit auch für die Menschen, die aufgrund von  
Verfolgung und Krieg zu uns kommen. Wir Grünen sind die Partei, die für eine

## Ä4 Kommunalpolitische Erklärung

Antragsteller\*in: Stefan

### Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 95 bis 102:

Arbeit zu bringen, ist eine Aufgabe, die vor allem in den Kommunen konkret wird. Wenn wir den Menschen die Möglichkeit geben, sich zu integrieren, und ihren Lebensunterhalt selbst zu erwirtschaften, leisten wir damit nicht zuletzt einen wichtigen Beitrag gegen den Arbeitskräftemangel im Zuge des demografischen Wandels. Damit das gelingen kann, haben wir GRÜNEN in der Landesregierung bereits einiges auf den Weg gebracht: Entscheidend für das Gelingen der Integration ist die Sprachförderung. 2/3 der Geflüchteten sind Erwachsene. Daher fördert [Leerzeichen] die Landesregierung mit rund 20 Mio. Euro den Spracherwerb in der

## Ä5 Kommunalpolitische Erklärung

Antragsteller\*in: Stefan

### Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 166 bis 168 einfügen:

Wir Grüne sind die politische Kraft, die für Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik [Leerzeichen] steht. Klimaschutz ist eine globale Aufgabe, die Bund, Länder und Kommunen nur gemeinsam umsetzen können. Nur wenn die Energiewende bei uns

Von Zeile 180 bis 182:

Verkehrsplanung, Ver- und Entsorgung für den Klimaschutz nutzen wollen. Nach Angaben der ~~kfW~~KfW-Förderbank ist die Fördersumme für Energieeffizienzmaßnahmen bei Schulen, Turnhallen und anderen kommunalen Gebäuden in den Jahren 2011 bis 2014

## Ä6 Kommunalpolitische Erklärung

Antragsteller\*in: Stefan

### Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 207 bis 212:

forstwirtschaftlichen Nutzung genommen und Eigenentwicklung überlassen werden.[Leerzeichen]Wir GRÜNEN setzen uns in den Städten und Gemeinden dafür ein, dass Wegerandstreifen in kommunalem Eigentum wieder als ungenutzte Saumstrukturen die Landschaft beleben. Damit schaffen wir nicht nur Abwechslung in einer zunehmend monoton gewordenen Landschaft, sondern ~~schaffen~~ wertvollen Lebensraum für Feldhase, Rebhuhn und Co. Extensiv genutzte Blühstreifen liefern zudem wertvolle

## Ä7 Kommunalpolitische Erklärung

Antragsteller\*in: Stefan

### Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 245 bis 247 löschen:

wollen wir in die bewährten Hände der kommunalen Abfallwirtschaft geben. Wir treten ferner dafür ein, dass die Biotonne - entsprechend der rechtlichen Vorgaben des Abfallrechts - endlich in allen Städten und Landkreisen in

## Ä8 Kommunalpolitische Erklärung

Antragsteller\*in: Stefan

### Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 254 bis 256 einfügen:

angestiegen sind, konnte dieser Trend ab 2014 erstmals gebrochen werden; seither sind die Bestände leicht rückläufig. Die von uns GRÜNEN[Leerzeichen]seit Anfang 2013 vorangetriebene Agrarwende beginnt zu wirken: Die Anforderungen an den Bau neuer

Von Zeile 281 bis 283 einfügen:

die Haltung der Schweine, Geflügel und Rinder in unseren Ställen kontinuierlich zu verbessern. Wir GRÜNEN[Leerzeichen]machen damit Schluss, den Hühnern den Schnabel und den Schweinen ihren Ringelschwanz abzuschneiden. Diese bisher übliche Praxis zur

## Ä9 Kommunalpolitische Erklärung

Antragsteller\*in: Stefan

### Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 295 bis 297 löschen:

Haushaltsmitteln nicht finanzierbare Wunschliste von Straßenneubauplanungen aufgeschrieben.- Wir GRÜNE vertreten dagegen die Auffassung, dass Ausbaubedarf in der Verkehrsinfrastruktur vorrangig im Bereich des Schienengüterverkehrs und

## Ä10 Kommunalpolitische Erklärung

Antragsteller\*in: Stefan

### Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 351 bis 353 löschen:

Transparenzgesetz entgegen, mit dem die Bürgerinnen und Bürger nicht nur grundsätzlich den bedingungslosen Zugang zu amtlichen ~~behördlichen~~ Informationen haben, sondern Verwaltungen des Landes darüber hinaus in der Pflicht sind, diese

## Ä11 Kommunalpolitische Erklärung

Antragsteller\*in: Stefan

### Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 364 bis 365:

Es kann teuer werden, ~~sie unserensichunseren~~ Sozialstaat nicht zu leisten, er garantiert den inneren Frieden. Dennoch ist es um unseren Sozialstaat schlecht bestellt: In

Von Zeile 371 bis 374:

ausschließlich ehrenamtlich organisiert sind. Gegenwärtig suchen in Niedersachsen rund 150.000 (~~Schätzung des Nds. Sozialministeriums~~) Bürgerinnen und Bürger eine "Tafel" auf (Schätzung des Nds. Sozialministeriums), das ist mindestens eine Verdoppelung gegenüber 2007. Die Gründe für die Zunahme der "Tafeln" sind vielfältig, auffällig ist die

Von Zeile 377 bis 379 löschen:

Eine Gesellschaft mit großer Ungleichheit kann ihre Potenziale nicht nutzen und verliert den sozialen Kitt, der sie zusammenhält. Wir GRÜNEN streiten für einen Dreiklang aus guten Bildungschancen für alle, die nicht von Geldbeutel

Von Zeile 403 bis 405:

den weiteren Aufbau und Erhalt präventiver Konzepte, sowie Kontinuität und ~~Qu~~Qualität in der sozialen Arbeit für die unterschiedlichen Beratungsstrukturen, z.B. Arbeitslosen-, Schuldner-, Suchtberatung ein.

Von Zeile 417 bis 421:

für ihre Bürgerinnen und Bürger gestalten will. Lebensqualität und Selbständigkeit, medizinische Versorgung, Betreuung und Pflege ~~muss~~müssen stärker in unser kommunales Zusammenleben integriert werden. Wichtig ist der Ausbau der ambulanten Versorgung und das Schaffen von neuen Wohnformen, dass auf die Bedarfe der älteren Menschen reagiert. Kommunale Altenpolitik muss eine Infrastruktur

## Ä12 Kommunalpolitische Erklärung

Antragsteller\*in: Stefan

### Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 429 bis 433:

Frauen sind in den kommunalen Parlamenten immer noch nicht entsprechend ihres Anteils an der Bevölkerung repräsentiert. Bündnis[Leerzeichen]90/Die Grünen stehen für eine konsequente Erhöhung des Frauenanteils auf allen kommunalen Ebenen. Grüne wollen ~~das,~~ dass Frauen bei der Vergabe von Leitungspositionen entsprechend berücksichtigt werden. Kommunen sollten alle Möglichkeiten nutzen, sich für mehr

## Ä13 Kommunalpolitische Erklärung

Antragsteller\*in: Katja Sauer

## Ä14 Kommunalpolitische Erklärung

Antragsteller\*in: Meta

### Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 20 bis 22:

sind eine Chance bei der Bewältigung der im Zuge des demografischen Wandels wachsenden arbeitsmarkt- und ~~sozialpolitischen Probleme~~~~sozialpolitistllungen~~.~~[Leerzeichen]~~Diese Chance tatsächlich zu ergreifen, bedeutet aber gleichzeitig eine gewaltige

Von Zeile 35 bis 37 einfügen:

längst zum abgemagerten Staat geworden ist, der kaum noch die Kraft hat, seine Aufgaben zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen.~~der Vergleich ist nicht so passend: vorschlag: gerade in den Kommunen zeigt sich, dass viele Kommunen finanziell immer noch kein Licht am Ende des Tunnels sehen und sich sehr strecken müssen.~~ Um ihre Aufgaben zu bewältigen und den Herausforderungen gerecht werden zu können, müssen die

Von Zeile 115 bis 116:

Einkommen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und pflegebedürftige Menschen geschaffen werden – aber auch ~~für Flüchtlinge~~~~für die Geflüchteten~~.

Von Zeile 121 bis 123:

Haushaltsüberschusses des Bundes von fast 11 Mrd. € ist der Bund gefordert, sich endlich angemessen an Kosten der Unterbringung und Integration der ~~Flüchtlinge~~~~Geflüchteten~~ zu beteiligen.

Von Zeile 131 bis 132:

richtigen Stellen einzubeziehen, zu nutzen und anzuerkennen. Darin liegt nicht zuletzt eine große Chance für ~~den Gemeinsinn~~~~das Gemeinwohl~~ in unseren Kommunen.

Von Zeile 187 bis 189:

gekoppelte Nahwärmeversorgung vor. Mit dem Windenergieerlass hat die Landesregierung den Kommunen ~~wertvolles Rüstzeug~~~~wertvolle Handwerkszeug~~ für die Ausweisung von Windkraft-Standorten im Einklang mit den Belangen der Anwohnerinnen und Anwohner

Von Zeile 230 bis 231:

Wiese“ künftig zu verhindern. In den Kreistagen wollen wir GRÜNEN dafür eintreten, dass diese Möglichkeiten ~~tatsächlich~~~~offensiv~~ genutzt werden.

Von Zeile 254 bis 256 einfügen:

angestiegen sind, konnte dieser Trend ab 2014 erstmals gebrochen werden; seither sind die Bestände leicht rückläufig. Die von uns GRÜNEN~~[Leerzeichen]~~seit Anfang 2013 vorangetriebene Agrarwende beginnt zu wirken: Die Anforderungen an den Bau neuer

Von Zeile 261 bis 262 einfügen:

verboten, um sie als wirksames Mittel zur Heilung bakterieller Infektionen in der Humanmedizin zu erhalten.~~neuer Satz aus LDK Antrag der es besser und klarer auf den Punkt bringt.~~

Von Zeile 281 bis 283 einfügen:

die Haltung der Schweine, Geflügel und Rinder in unseren Ställen kontinuierlich zu verbessern. Wir GRÜNEN[Leerzeichen]machen damit Schluss, den Hühnern den Schnabel und den Schweinen ihren Ringelschwanz abzuschneiden. Diese bisher übliche Praxis zur

Von Zeile 339 bis 340 einfügen:

weiter bestehenden Lücken in der Breitbandversorgung zeitnah zu schließen und überall Übertragungsraten von 50 Mbit/s und mehr zu ermöglichen.unser grünes Ziel im 50 MBit/s ist zu wenig, Köln propagiert 400 MBit/s, Niederlande 150-200 MBit/s, unter 30 MBit/s Istzustand sind allein für einen Förderantrag notwendig für Bundes-und Landesförderung notwendig.

Von Zeile 360 bis 362 einfügen:

Unterschriften für ein erfolgreiches Bürgerbegehren vorlegen zu müssen, senken wir ebenfalls ab. Außerdem sind zukünftig keine Kostendeckungsvorschläge mehr notwendig, die bisher viele Bürgerbegehren verhindert haben. Damit ermöglichen wir GRÜNEN mehr direkte Demokratie in unseren Städten und Gemeinden.